



Stefan Schmidt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stefan Schmidt, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**Büro Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon 030 227 – 73414  
Fax 030 227 – 70417

**Wahlkreisbüro Oberpfalz**

c/o Bündnis 90/Die Grünen  
Haaggasse 16  
93047 Regensburg

E-Mail: stefan.schmidt.wk@bundestag.de

Berlin, 12. Dezember 2017

---

## PRESSEMITTEILUNG

### **Missbrauch mit Fentanyl: Bayerische Drogenpolitik muss sich ändern**

77 Prozent aller Todesfälle durch die missbräuchliche Verwendung des Betäubungsmittels Fentanyl kommen aus Bayern. Das ist das Ergebnis einer schriftlichen Anfrage des grünen Bundestagsabgeordneten Stefan Schmidt. Der Abgeordnete spricht von einer großen Gefahr und fordert, die bayerische Drogenpolitik zu ändern.

Fentanyl ist eigentlich ein stark wirksames Betäubungsmittel, das insbesondere bei Schmerzbehandlungen und Narkosen verwendet wird. Er wirkt etwas 100-fach stärker als Morphin. In den USA, aber zunehmend auch in Deutschland und insbesondere in Bayern wird der Wirkstoff zunehmend missbräuchlich verwendet. Stefan Schmidt erklärt: „In den letzten sechs Jahren sind fast 500 Menschen an der missbräuchlichen Einnahme von Fentanyl gestorben. Die Dunkelziffer ist erheblich höher, da der Wirkstoff nur durch ein toxikologisches Gutachten nachgewiesen werden kann. Insbesondere als Alternativdroge zu Heroin stellt Fentanyl eine zunehmende Gefahr dar.“

In der Antwort der Bundesregierung hatte die Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, Ingrid Fischbach, dargelegt, dass es in den vergangenen zehn Jahren über 1.300 Sicherstellungsfälle und Ermittlungsverfahren wegen Fentanyl in der Falldatei „Rauschgift“ des Bundeskriminalamtes erfasst wurden. 70 Prozent davon waren in Bayern. Auch die Entwicklung erschüttert Schmidt. So habe diese rasant zugenommen,

wenngleich über die Entwicklung der letzten Jahre aufgrund von Änderungen der statistischen Erhebung kaum Aussagen möglich seien.

Gemeinsam mit der Weidener Kreisvorsitzenden der Grünen Agnes Scharnetzky fordert Schmidt, dass die Drogenpolitik in Bayern neue Schwerpunkte setzen müsse. Bislang gebe es keine spezielle Beratung zu Fentanyl, obwohl der Wirkstoff extrem gefährlich sei und sehr schnell abhängig mache. Unter anderem müssten auch Ärzte für das Thema Missbrauch verstärkt sensibilisiert werden, die das Betäubungsmittel häufig in Pflasterform bei Schmerzpatienten verschreiben, so Agnes Scharnetzky. „Die niedrighschwellige Beratung darf nicht nur in Ballungsräumen stattfinden, sondern muss in der Fläche verfügbar sein und präventiv wirken“, fordert sie.

Schmidt plädiert ferner für eine Überarbeitung des „Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetzes“: „Angesichts der Fentanylabhängigkeitsrate in Bayern müssen wir hier zum Beispiel auch über Drogenkonsumräume nachdenken. Die Drogenpolitik, die allein auf Repression setzt, ist gescheitert, weil sie weder vor Abhängigkeit schützt, noch bei Abhängigkeit hilft.“